

Erklärung des SPD-Geschichtsforums zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine



Das Geschichtsforum ist erschüttert über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den der russische Präsident Putin gegen die Ukraine führt. Wir stehen an der Seite der ukrainischen Bevölkerung und ihrer Regierung. Putins Geschichtsrevisionismus, sein Großmachtstreben und seine menschenrechtsverachtende Politik auch gegenüber der eigenen Bevölkerung sind unübersehbar, spätestens seit der Annexion der Krim 2014 und der zunehmenden Verfolgung und gezielten Tötung von Oppositionellen.

Als Historiker*innen in der SPD werden wir uns an einer Diskussion über Vergangenheit und Zukunft der Entspannungspolitik beteiligen und auch fragen, warum im Westen frühe Warnungen aus Ostmittel- und Osteuropa vor der wachsenden Bedrohung durch Putins Kurs zu wenig beachtet wurden. Bemühungen sozialdemokratischer Politiker*innen, im Dialog mit Russland auf Deeskalation zu setzen, waren nicht falsch, haben sich jedoch leider als vergeblich erwiesen.

Die SPD steht historisch wie aktuell für Entspannung und den Dialog mit politischen Kontrahenten. Dialogbereitschaft bedeutet jedoch nicht das Gleiche wie Zustimmung zu den Zielen der anderen Seite. Konflikte multilateral und diplomatisch zu lösen und eine Aufrüstungsspirale zu verhindern muss weiterhin das vorrangige Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Und zum sozialdemokratischen Konzept der Entspannungspolitik gehört untrennbar die Wehrhaftigkeit einschließlich der Fähigkeit zur militärischen Abschreckung möglicher Angreifer von außen.

Putins Angriffskrieg hat die Fundamente der Entspannungspolitik gegenüber Russland erschüttert, an der Regierungen und Parteien des Westens bis zuletzt festgehalten haben. Um die russische Aggression abzuwehren, braucht es jetzt umfassende Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine, wie Olaf Scholz sie im Deutschen Bundestag vorgetragen hat, einschließlich der angekündigten Waffenlieferungen.

Die Bundesregierung muss außerdem alles daransetzen, den Ukrainer*innen mit umfangreichen humanitären Hilfsmaßnahmen beiseitezustehen – denjenigen, die bereits aus ihrem Land geflohen sind, ebenso wie jenen, die in belagerten Städten um ihr Leben bangen. Im Verbund mit ihren europäischen und transatlantischen Partnern muss sich die Bundesregierung für die Schaffung sicherer Fluchtkorridore einsetzen. Auch die Opposition innerhalb Russlands verdient unsere volle Solidarität und Unterstützung, denn auf ihr ruht die Hoffnung auf einen demokratischen Wandel. Für Wissenschaftler*innen aus beiden Ländern, die vor Verfolgung fliehen müssen, fordern wir großzügige Hilfs- und Fördermaßnahmen.

Diese Erklärung bildet die Meinung der Mehrheit, aber nicht aller Mitglieder des Geschichtsforums ab.